

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 17

Rubrik: CH-Rubrik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CH-Rubrik

Kommentar:

Siehe Libanon – ein Land, in welchem Autorität und Machtmonopol des Staates nicht durchgesetzt werden können.

Neunte Folge:

Anstelle der Armee muss ein grosser Polizeiparat geschaffen werden, der unter anderem die Sicherheit internationaler Konferenzen und des UNO-Sitzes in Genf sicherstellt, aber auch die Schaffung von Selbstschutzorganisationen (Bürgerwehren) verhindert.

Kommentar:

Schmälerung unserer «Guten Dienste» zugunsten Dritter und damit unserer friedensfördernden Tätigkeiten wäre eine weitere Folge. Schaffung und Einsatz privater anstelle staatlicher Machtmittel? Von der Bürgerwehr zum Bürgerkrieg?

Zehnte Folge:

Kurzfristig gehen über 20 000 Arbeitsplätze bei Bund und Kantonen verloren, längerfristig weitere Zehntausende in unserer Wirtschaft.

Kommentar:

Es ist dies das Personal, welches heute die Verwaltung der Armee sowie die Herstellung und die Wartung von Kriegsmaterial sicherstellt.

Ansichten und Entgegnungen**Erste Ansicht:**

Militärische Aktionen in Europa gehören der Vergangenheit an oder arden zum Atomkrieg aus. Im ersten Fall ist unsere Armee überflüssig, im zweiten ohnmächtig.

Entgegnung:

Die Sowjetunion hat ihrem Anspruch auf Welt-herrschaft – zu erreichen, wenn nötig oder günstig, auch mit militärischen Mitteln – nie abgeschworen, vielmehr im Einklang mit ihm inner- und ausserhalb Europas gehandelt: Ungarn 1956, ČSSR 1968, Afghanistan 1979 bis annähernd heute.

Seit 1945 wurden weltweit mehr als 150 Kriege ohne Einsatz von Atomwaffen geführt. Ein solcher Krieg kann auch in Europa wieder ausbrechen. Ihm gegenüber ist unsere Armee alles andere als ohnmächtig. So weist sie zum Beispiel sowohl an Truppenstärke wie an wichtigen Kampfmitteln, bezogen auf das zu verteidigende Territorium, eine grössere Dichte auf als alle NATO-Armeen.

Zweite Ansicht:

An die Stelle der militärischen Landesverteidigung tritt im Besetzungsfall die «Soziale Verteidigung» (Demonstrationen, Streiks, Agitation, passiver Widerstand, ziviler Ungehorsam, Sabotage). Dadurch werden soziale Werte, Menschenrechte, demokratische Verhältnisse, Lebensqualität und anderes mehr aufrechterhalten.

Entgegnung:

Die Geschichte kennt kein Beispiel, wo «Soziale Verteidigung» allein einen Besatzer zum Abzug veranlasst und damit der betreffenden Bevölke-

Eine Schweiz ohne Armee?

Wenn Sie den nachstehendbeschriebenen Folgen einer Schweiz ohne eigene Armee zum Durchbruch verhelfen oder sie in Kauf nehmen wollen oder wenn Sie schwergewichtig die folgenden Ansichten teilen, so müssen Sie die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» zu gegebener Zeit mit dem Stimmzettel befürworten.

Ablehnen – ebenfalls mit dem Stimmzettel – müssen Sie sie, wenn Sie das Wesentliche aus Folgen und Ansichten verwerfen.

Wenn Sie schliesslich weder das eine noch das andere tun wollen, obwohl Sie es tun könnten, so wandern Sie am besten aus. Wohin? In ein Land, in welchem der Staatsbürger erst gar nicht gefragt wird, was er befürwortet und was er ablehnt.

Folgen und Kommentare**Erste Folge:**

Die Erfüllung des Bundeszwecks, niedergelegt in Artikel 2 der Bundesverfassung, wird verunmöglicht. (Dieser Artikel lautet: «Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlands gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.»)

Kommentar: überflüssig.**Zweite Folge:**

Die völkerrechtlich verankerte Pflicht des Neutralen, jeder ausländischen Macht den Zutritt zum eigenen Land, im vorliegenden Fall zur Schweiz, zu verweigern, kann nicht mehr erfüllt werden, womit die Neutralität als eine unserer Staatsmaximen hinfällig wird.

Kommentar:

Zur Verweigerung eines solchen Zutritts ist ein kraftvolles militärisches Instrument nötig. Der gewaltsame Versuch eines Zutritts kann nämlich, da offene Konflikte auch in Europa nach wie vor nicht auszuschliessen sind (siehe Entgegnung auf die «Erste Ansicht»), zum Beispiel der Absicht entspringen

- unser Land als Durch- oder Aufmarschgebiet zu benützen oder
- dasselbe einem Dritten zu verwehren.

Dritte Folge:

Unser Wille zur Selbsterhaltung und Selbstbestimmung stützt sich auf kein Machtmittel

mehr, mit welchem ihm Nachachtung verschafft werden könnte.

Der Verlust unserer Identität und unserer Staatsidee (direkte Demokratie, föderalistisches Fundament, Neutralität und anderes mehr) ist somit nur noch eine Frage der Zeit.

Kommentar:

Wer sonst als die Armee verteidigt, wenn nötig gewaltsam, unsere Selbsterhaltung und Selbstbestimmung? «Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf» (so Stalin 1945 – eine bisher alles andere als eine «entstalinisierte» Äusserung).

Vierte Folge:

Ein Instrument mit wirkungsvoller Nebenwirkung, der Förderung nationalpolitischer Integration und sozialpolitischer Stabilisierung nämlich, geht verloren.

Kommentar:

Ein Faktor, der – wenn auch nicht für jedermann leicht einsichtig, weil eher im verborgenen wirksam – gerade in unserem Land von grosser Bedeutung ist.

Fünfte Folge:

Ein Instrument für die Leistung von Katastrophenhilfe, wirkungsvoll auch in Zeiten relativen Friedens, wie wir sie gegenwärtig erleben, geht ebenfalls verloren.

Kommentar:

Ein Instrument, das sich in der Vergangenheit immer wieder bewährt hat und dies auch in Zukunft tun würde.

Sechste Folge:

Die Gefahr, politisch erpresst zu werden, steigt.

Kommentar:

Was wollen wir einem Erpressungsversuch anderes entgegenhalten als ein staatliches Machtmittel, alias die Armee? Worte allein?

Siebte Folge:

Der Nutzen der militärischen Ausbildung zum Vorgesetzten für den Zivilberuf kommt in Wegfall.

Kommentar:

Fragen Sie unsere Wirtschaftsführer, falls Sie an diesem Nutzen zweifeln.

Achte Folge:

Terrororganisationen können ihre Zentralen in aller Ruhe in unserem Land einrichten und von hier aus ungestört operieren.

zung unermessliches Leid erspart hat. Wenn es – wie behauptet wird – in Europa keine konventionellen militärischen Aktionen mehr geben soll, wozu soll dann hier die «Soziale Verteidigung» überhaupt dienen?

Dritte Ansicht:

Pazifismus fördert den Frieden. Mit der Abschaffung der Armee kann eine umfassende Friedenspolitik betrieben werden.

Entgegnung:

Pazifismus, gleichzusetzen mit militärischer Schwäche oder sogar Ohnmacht, schürt Aggressionsgelüste – eine Gegenbehauptung, die durch den Ausbruch des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, in neuerer Zeit durch den des Falklandkrieges (in der Folge des 1981 durchgeführten Abzugs des englischen Kriegsschiffes «Endurance» aus dem Südatlantik) hinreichend bewiesen ist.

Es ist ein Gesetz der Geschichte, dass ein unbewehrter Raum spätestens im Konfliktfall bewaffnete Kräfte der anderen Partei anzieht. Folgerung: Die Armee, Element unserer Gesamtverteidigung und Machtmittel unserer Sicherheitspolitik, wirkt durch Präsenz und Dissuasionsvermögen stabilisierend und friedensfördernd. Somit ist es ein Widerspruch, durch Abschaffung eines friedensfördernden Mittels umfassende Friedenspolitik betreiben zu wollen.

Mit was will man nicht den Frieden allen, wohl aber den von den allermeisten Bewohnern unseres Landes gewünschten Frieden in Freiheit anders sicherstellen als notfalls mit einem Machtmittel, alias Armee? Der Preis für unsere Unabhängigkeit ist unsere Wehrbereitschaft – der Preis für eine Fremdherrschaft ist bedeutend höher!

Die Geschichte lehrt auch, dass jedes Land eine Armee hat: entweder die eigene oder eine fremde

– wenn beides zusammen, so die eigene im Schlepptau der fremden.

Einige Zitate zum Thema Frieden:

K. Jaspers (1969 verstorbener Philosoph): «Wer den Frieden für sicher hält, wird unbesorgt und treibt in den Abgrund.»

M. Rommel (Stuttgarter Oberbürgermeister): «Zur Friedenspolitik genügt nicht ein Pazifismus, der sich vorwiegend in der Feindschaft gegen Soldaten äussert, und zwar vorsichtshalber gegen die eigenen.»

J.-P. Wenger (Arzt in Genf): «Wer hat Frieden ohne Armee?» (oder ohne Einbindung in ein oder mehrere Paktsysteme!)

Vierte Ansicht:

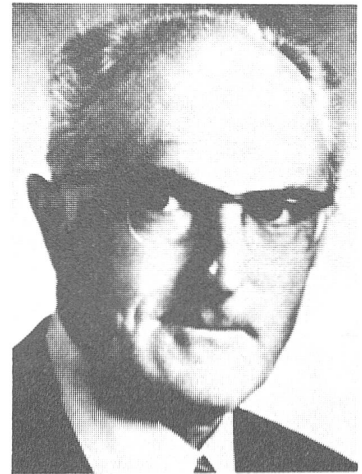
Einseitige Abrüstung lädt zum Nachahmen ein und fördert somit den Frieden.

Entgegnung:

Hat der einseitige Verzicht des Bundesrates auf den Besitz von Atomwaffen in den frühen sechziger Jahren auch nur einen Nachahmer gefunden? Oder sollen wir gar total abrüsten, weil die Grossmächte daran sind, je 5 % ihres Nuklearpotentials abzubauen?

Professor Daniel Frei, der kürzlich verstorbene Ordinarius für politische Wissenschaft und Leiter der Forschungsstelle für dieses Wissensgebiet an der Universität Zürich, macht gegen Schluss seiner Schrift «Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?» (Verlag SOI 1983) aufgrund seiner Untersuchungen folgende Aussage: «Die theoretischen und empirischen Befunde machen den Schluss unausweichlich, dass das Mittel des Unilateralismus (einseitiger Gewaltverzicht, HdC) das angestrebte Ziel, nämlich die Abhaltung oder Vertreibung eines Aggressors oder die Herbeiführung von Entspannung und Frieden, nicht erreicht.» Harald de Courten

Wege und Irrwege in die Zukunft



Das bekannte Buch von Prof. Emil Küng im Paperback.

Ein Buch, das in den «Schulsack» jedes geistig und politisch interessierten Schweizers gehört.

Verlag Hochschule + Gesellschaft, Zürich, 215 Seiten, Fr. 16.–



Bestellschein

Einsenden an:
Verlag Hochschule + Gesellschaft
Postfach 35, 5403 Baden

Senden Sie mir ____ Ex. Küng, «Wege und Irrwege», à Fr. 16.–

Name und Adresse: _____

Bestellschein für ZETBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.– (Ausland sFr. 53.–/DM 64.–). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

17/88

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6